

Die Gemeinderatsfraktionen

CDU, SPD/Linke, Freie Wähler, FDP, ÖPD/parteilos

Fraktionsübergreifender Antrag:

Betr.: Gestellte 103 Haushaltsanträge der Fraktionen

Bezug: Städtischer „Nothaushalt 2020“ - ALLE 103 Haushaltsanträge ALLER Fraktionen bis 2021 zurückstellen!

Friedrichshafen, den 4. Mai 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Brand,

die Gemeinderatsfraktionen von CDU, SPD/Linke, Freie Wähler, FDP, ÖPD/parteilos **beantragen** hiermit, der Gemeinderat möge beschließen:

- 1. Die Beschlussfassung über alle gestellten 103 Haushaltsanträge aller Fraktionen wird bis zum Haushaltsfolgejahr 2021 zurückgestellt.**
- 2. Soweit einzelne Haushalts-Fraktionsanträge ganz oder teilweise aufrechterhalten werden, ist auch über diese erst zum Haushaltsjahr 2021 zu entscheiden.**

Begründung:

CDU, SPD/Linke, Freie Wähler, FDP und ÖPD/parteilos sind überzeugt: Nie zuvor, auch nicht während der Finanzkrise von 2008 -2010, waren die Herausforderungen größer. Wir müssen den Haushalt ab 2020 ganz neu denken. Dauer, Umfang und finanzielle Auswirkungen der Corona-Krise sind noch völlig unklar. Für das Jahr 2020 muss ein „Nothaushalt“ aufgestellt werden. Die Gemeinderatsfraktionen CDU, SPD/Linke, Freie Wähler, FDP und ÖPD/parteilos beantragen daher, dazu die Entscheidung über alle 103 Fraktions-Haushaltsanträge aller Fraktionen, die für den bisherigen Doppelhaushalt 2020/21 geplant waren, bis 2021 zurückzustellen.

Ein genehmigungsfähiger „Not“-Haushalt, der die Erledigung der Pflichtaufgaben und die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung sicherstellt, ist jetzt – d.h. im Haushaltsjahr 2020 inmitten der Krise – vorrangig gegenüber Debatten über Haushaltsanträge einzelner Fraktionen, wie wir sie in „normalen“ Zeiten im Gemeinderat zu führen pflegen. In der Krise sind parteipolitisch geprägte Abgrenzungen und Diskussionen nicht zielführend. Vielmehr sind Zusammenhalt und Solidarität das Gebot der Stunde.

Aufgrund der Corona-Krise sind höhere Ausgaben vorprogrammiert und wesentliche Teile der städtischen Einnahmen werden weit unter der bisherigen Planung liegen. Bei Gewerbe- und Einkommensteuer stehen massive Einbrüche bevor. Einnahmen aus öffentlichen Einrichtungen wie Kindergärten, Musikschule, VHS, städtischen Bädern usw. fallen aus oder müssen zurückerstattet werden, der Abmangel aller städtischen Einrichtungen wird deutlich ansteigen. Unmittelbare wie mittelbare Beteiligungsunternehmen der Stadt, wie insbesondere Klinikum, Flughafen, Messe oder Stadtbusverkehr leiden ebenfalls unter fehlenden Einnahmen. Die Dividenden der Stiftungsbetriebe erreichen zukünftig voraussichtlich in keinster Weise die gewohnten Höhen der letzten Jahre. Somit sind also der städtische und der Stiftungshaushalt durch die Coronakrise betroffen.

In dieser Ausnahmesituation muss die bisherige Haushaltsplanung völlig neu justiert werden.

CDU, SPD/Linke, Freie Wähler, FDP und ÖPD/parteilos sind sich deshalb einig: Um den erforderlichen „Nothaushalt“ für 2020 zu entlasten, sollen ALLE Haushaltsanträge ALLER Fraktionen OHNE AUSNAHME bis zur Haushaltsberatung 2021 komplett zurückgestellt werden.

Die fünf Fraktionen erwarten auch von der Verwaltung, dass sich die gebotene Zurückhaltung auf von dieser neu eingebrachte Themen und Finanzpositionen erstreckt. Gerade auch beim Personalaufbau ist größte Zurückhaltung geboten.

Die Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Krise für die Bürgerinnen und Bürger und Betriebe vor Ort muss bei der Verwendung der unabwendbar knapperen Haushaltsmittel die oberste Priorität haben. Wichtig ist die Unterstützung gefährdeter Betriebe, der Erhalt der Arbeitsplätze und die Unterstützung der sozial Bedürftigen in unserer Stadt. Im Haushaltsjahr 2020 wird nur Pflicht vor Kür möglich sein.

Gez.:

CDU: Achim Brotzer, SPD/Linke: Dr. Wolfgang Sigg, Freie Wähler: Dr. Dagmar Hoehne, FDP: Gaby Lamparsky, ÖDP/parteilos: Sylvia Hiß-Petrowitz